

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

Lö/HaFA (Stadt)

25. Sitzung

27.01.17

Haushalts- und Finanzausschuss

(Stadt)

25. Sitzung

am 27. Januar 2017

Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend:

Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)
Abg. Frau Dehne (SPD)
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender
Abg. Herr Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Herr Gottschalk (SPD)
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Frau Steiner (FDP)
Abg. Frau Tuchel (SPD)
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)
Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Herr Staatsrat Strehl)
Herr Nienierza)
Herr Fehren) von der Senatorin für Finanzen
Herr Meyer)
Herr Schneider)
Herr Fricke)
Herr Knoop)
Herr Obst-Kruse)
Herr Steinkopff)
Herr Beeskow)
Frau Oppermann)

| | | |
|--------------------|---|---|
| Frau Otten | | vom Rechnungshof |
| Herr Armstroff |) | vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen |
| Herr Peters |) | |
| Herr Schütte-Thuy | | von der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz |
| Herr Haustein | | von der Wirtschaftsförderung Bremen |
| Herr Dr. Kountchev | | vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr |
| Frau Moning | | von der Senatorin für Kinder und Bildung |
| Herr Hartwig |) | vom Gesamtpersonalrat Bremen |
| Herr Winsemann |) | |
| Herr Löffler | | von der Bürgerschaftskanzlei als Ausschussreferent |

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 16.06 Uhr.

Öffentlicher Teil

I. Protokolle

1. Protokoll der 15. Sitzung vom 31. Mai 2016

Abg. Frau Dehne weist unter Bezugnahme auf Seite 245 des Protokolls darauf hin, dass es im ersten Absatz unter Punkt 13.1 heißen müsse: „die Haushalte 2016 und 2017“. Des Weiteren werde im vierten Absatz unter Punkt 13.1 fälschlicherweise vom „Klinikum Bremen-**Nord**“, anstatt richtigerweise vom „Klinikum Bremen-**Ost**“ gesprochen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das so geänderte Protokoll der 15. Sitzung vom 31. Mai 2016.

2. Protokoll der 16. Sitzung vom 1. Juni 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 16. Sitzung vom 1. Juni 2016.

3. Protokoll der 23. Sitzung vom 2. Dezember 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 23. Sitzung vom 2. Dezember 2016.

4. Protokoll der 24. (Sonder-)Sitzung vom 15. Dezember 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 24. (Sonder-)Sitzung vom 15. Dezember 2016.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

- keine Vorlagen -

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 15. Dezember 2016 -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Auftragsliste zur Kenntnis.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden, aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

2.2 Fristverlängerung für Berichtsbitten (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/291 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.2, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den beantragten Fristverlängerungen zu.

3. Sonstiges

3.1 Änderung der Verfahrensordnung der Haushalts- und Finanzausschüsse - Medienberichterstattung aus Ausschüssen (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 3.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 18. Januar 2017 -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort

Tagesordnungspunkt II. 3.1, beschließt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig Ziffer 8 (Bild- und Tonaufnahmen) der Verfahrensordnung wie folgt neu zu fassen:

Aufnahmen in Bild und Ton von Journalistinnen und Journalisten sind in öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und Unterausschüsse grundsätzlich zulässig. Ein Ausschuss kann mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder im Einzelfall abweichende Regelungen treffen. Die Ablichtung persönlicher Unterlagen der Abgeordneten, der ständigen Gäste, der Ausschussreferenten oder der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist untersagt.

III. Initiativen des Senats

1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

- keine Vorlagen -

2. (Controlling-) Berichte

2.1 Überprüfung der Gebührenordnungen im Land und in der Stadtgemeinde Bremen

(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

- Vorlage wurde bereits im Dezember 2016 versandt -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.1, der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis September 2016 zur Kenntnis.

2.2 Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.09.2016

- Vorlage 19/314 S -

(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

- Vorlage wurde bereits im Dezember 2016 versandt -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort

Tagesordnungspunkt III. 2.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zur Kenntnis.

2.3 Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2015 (Stand 13. Monat 2015)
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.3 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/315 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.3, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2015 (Stand: 13. Monat 2015) zur Kenntnis.

2.4 Veröffentlichung von Zuwendungen
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.4 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/317 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.4, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und der FDP gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion DIE LINKE der quartalsweisen unterjährigen Veröffentlichung der bislang verausgabten Zuwendungen auf dem Transparenzportal und der Erstellung eines Rechenschaftsberichtes zu den jährlich verausgabten Zuwendungen mit der Maßgabe zu, dass der Senat auch eine fortlaufende Befassung der Fachdeputationen mit den verausgabten Zuwendungen sicherstellt.

2.5 Zwischenbericht zum „Projekt E-Rechnung“
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 39 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.5 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/318 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort

Tagesordnungspunkt III. 2.5, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den jährlichen Zwischenbericht zur Kenntnis.

**2.6 Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) im Land Bremen im Jahr 2016
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.6 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 55 der Auftragsliste
- Vorlage 19/319 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.6, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) Kenntnis, stimmt einstimmig der Änderung der Portfoliostruktur zu und schließt sich der Berichtsbitte des Abg. Herrn Fecker an.

Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, die entsprechenden haushaltstechnischen Änderungen vorzunehmen.

**2.7 Konzept zur Anpassung der Liegegebühren an der Schlachte/Tiefer
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 20 der Auftragsliste
- Vorlage 19/320 S -**

Abg. Herr Dr. vom Bruch kritisiert den in der Vorlage beschriebenen Kostendeckungsgrad, der im Jahre 2016 lediglich 10,88 % betragen habe und im Jahre 2017 auf gerade einmal 11,24 % erhöht worden sei. Die Fraktion der CDU erwarte hier eine zeitnah erfolgende angemessene Erhöhung des Kostendeckungsgrades. Entsprechendes sei im Übrigen bereits in den letzten Jahren parteiübergreifend gegenüber dem Wirtschaftsressort angemahnt worden.

Herr Peters antwortet, der Vorlage lasse sich entnehmen, dass der Senator für Wirtschaftsarbeit und Häfen im Rahmen der jährlichen Anpassung der Hafengebührenordnungen die Gebühren bereits um 5 % erhöht habe. Zwar seien auch weitere Erhöhungen grundsätzlich möglich, jedoch dürfe dadurch nicht der attraktive Standort „Schlachte“ gefährdet werden. Die im Aufholprozess beabsichtigten weiteren Gebührenerhöhungen müssten deshalb mit Fingerspitzengefühl erfolgen.

Herr Schneider ergänzt, das Finanzressort erwarte unter Beachtung des Äquivalenzprinzips, dass zwischen der den Aufwand berücksichtigenden Höhe der Gebühr einerseits und der Bedeutung, dem wirtschaftlichen und sonstigen Nutzen der Amtshandlung andererseits ein angemessenes Verhältnis bestehe. Im Grundsatz seien somit Gebührenhaushalte auskömmlich zu gestalten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis und erwartet eine zeitnah erfolgende angemessene Erhöhung des Kostendeckungsgrades.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet jährlich zum Ende des dritten Quartals um einen Bericht über

- a. den erreichten Deckungsgrad der Liegegebühren an der Schlachte/Tiefern sowie
- b. die in diesem Bereich ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung des Kostendeckungsgrades.

**2.8 Organisationsstrategie der FHB
Sachstandsbericht zur Umsetzung der Organisationsstrategie
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 24 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.8 der Tagesordnung für
die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/321 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.8, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den kurzen Bericht zur Kenntnis und bittet SF, einen umfassenden Sachstandsbericht im dritten Quartal 2017 vorzulegen.

- 2.9 Informationen zum vorläufigen Abschluss der bremischen Haushalte (Stand 13. Monat)**
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.9 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/322 S -
- Vorlage wird nach der Senatsberatung am 24. Januar 2017 versandt -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.9, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht und die ergänzende Tischvorlage zur Kenntnis.

3. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen und Museumsstiftungen, allgemeine Vermögensangelegenheiten

- 3.1 Bremisches Gesetz für Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen des Landes und der Stadtgemeinden (BremSVG)**
hier: Festlegung von Betragsgrenzen für das Wirtschaftsjahr 2017
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 3.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/323 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 3.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig den gemäß anliegender Tabelle festgelegten Betragsgrenzen nach dem BremSVG für das Wirtschaftsjahr 2017 zu.

- 3.2 Beteiligung von bremenports als Gründungsmitglied an einer Entwicklungsgesellschaft für das isländische Hafenprojekt Finnafjord**
- Vorlage 19/324 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Beteiligung der bremenports GmbH & Co. KG als Gründungsmitglied an einer Entwicklungsgesellschaft für das Hafenprojekt Finnafjord in Island zu.

4. Vollzug der Haushalte
Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen, sonstige Vollzugsangelegenheiten

- 4.1 Produktgruppe 68.01.02 Öffentliche Verkehrswege/ Finanzhilfen**

**Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 600.000 €
- Vorlage 19/326 S -**

Auf Nachfrage des Abg. Herrn Fecker erklärt **Herr Meyer**, das Fachressort habe ihm mitgeteilt, dass die Anlage barrierefrei erstellt werde.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN, CDU und DIE LINKE gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung bei Hst. 3687/884 11-5, Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/ Verkehr („BgA“) in Höhe von 600.000 € zu Lasten des Haushaltsjahres 2018 zu.

**4.2 Produktgruppe 68.02.06 Städtebau/ Stadtumbau/ Wohnungswesen
Erteilung von zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe
von insgesamt 3,068 Mio. €
- Vorlage 19/327 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Erteilung zusätzlicher Verpflichtungsermächtigungen bei Hst. 3696/892 60-0, Zuschüsse an Dritte für das Programm „Soziale Stadt“ in Höhe von 90,0 Tsd. € zu Lasten 2018 (30,0 Tsd. €), 2019 (30,0 Tsd. €) und 2020 (30,0 Tsd. €) sowie bei Hst. 3696/893 25-9, Städtebauförderung, Stadtumbau West in Höhe von 2.978,0 Tsd. € zu Lasten 2018 (1.032,0 Tsd. €), 2019 (1.026,0 Tsd. €) und 2020 (920,0 Tsd. €) zu.

**4.3 Produktgruppe 91.03.01 Personal- und Verwaltungsmanagement
Mitgliedsbeitrag an den Kommunal Arbeitgeberverband (KAV)
hier: Nachbewilligung des Fehlbetrages für 2017, Haushaltsstelle
3901/685 13-3
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 4.2 der Tagesordnung für
die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/328 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.2, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen

der CDU und der FDP einer Nachbewilligung in Höhe von 407.167 Euro bei Hst. 3901/685 13-3, Mitgliedsbeitrag an den kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) und deren Deckung durch Entnahme auf der Budgetrücklage im Landeshaushalt zu.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) zur Kenntnis, dass die Senatorin für Finanzen die für die Rücklagenentnahme erforderliche Liquidität im Rahmen der Gesamtsteuerung des Senatorinnenbudgets sicherstellt.

5. Personalhaushalt/Stellenplan

5.1 Ausbildungsplanung 2017

hier: Produktgruppe 91.03.03

(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 5.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

- Vorlage 19/329 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 5.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen DIE LINKE und der FDP der Ausbildungsplanung 2017 sowie der Finanzierung der entstehenden Personal- und Sachausgaben aus den hierfür zentral eingeplanten Mitteln zu.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 5.1, ermächtigt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen, die haushalts- und stellentechnische Umsetzung vorzunehmen.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 5.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Ausbildungsbericht

„Ausbildung im öffentlichen Dienst der Freien Hansestadt Bremen im Berichtszeitraum 2013 – 2015“ sowie die Tischvorlage „Ausbildungsvorlage 2017“ zur Kenntnis.

5.2 Bericht - KOMPAKT - über die Beschäftigungssituation und Beschäftigungsstruktur schwerbehinderter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im bremischen öffentlichen Dienst für das Jahr 2015 (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 5.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/330 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 5.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht – KOMPAKT – über die Beschäftigungssituation und Beschäftigungsstruktur schwerbehinderter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im bremischen öffentlichen Dienst für das Jahr 2015 zur Kenntnis.

6. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik

**6.1 Ergänzung der Verfahrensvereinfachung bei der Errichtung von temporären Kindertagesstätten im Rahmen des Sofortprogramms Kita-Mobilbau
- Vorlage 19/331 S -
- Vorlage wird am 24. Januar 2017 von der Finanzverwaltung nachversandt -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Aussetzung des Punktes 3.3.3.1 der Richtlinie für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben (RLBau) befristet bis zum 31. Dezember 2017 zu.

Eine Ausschreibung durch die Immobilien Bremen AöR kann dann erfolgen wenn:

- a. von Seiten der Senatorin für Kinder und Bildung eine schriftliche Bestellung vorliegt,
- b. die Durchführung eines Startergesprächs geschehen ist,
- c. ein zwischen der Senatorin für Kinder und Bildung und der Immobilien Bremen, AöR abgestimmtes Raumprogramm vorliegt,

- d. die Erstellung einer Grundriss- und Standortplanung erfolgt ist.
- e. Die weitere Erstellung der ES-Bau kann dann parallel zum Ausschreibungsverfahren durchgeführt und beendet werden.

7. Sonstiges

- keine Vorlagen -

IV. Verschiedenes

1. Entwicklung des Sanierungsbedarfes an Bremer Schulgebäuden

Abg. Frau Vogt legt dem Ausschuss die in der Anlage beigefügte Berichtsbitte (**Anlage 1**) zur Entwicklung des Sanierungsbedarfs an Bremer Schulgebäuden vor und bittet zur März Sitzung des Ausschusses um eine entsprechende Berichterstattung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) tritt der Berichtsbitte der Abg. Frau Vogt bei.

(Ende des öffentlichen Teils um 16.24 Uhr)

gez. Jens Eckhoff

Ausschussvorsitzender